

V.  
MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN IN ISRAEL  
UND DEN BESETZTEN GEBIETEN

Die im folgenden vorgestellten Menschenrechtsorganisationen gehören zu den wichtigsten in Israel und den besetzten Gebieten. Es gibt darüber hinaus aber noch weitere sowie eine große Anzahl von religiösen und säkularen Friedensgruppen, deren bekannteste »Peace Now« ist und die nicht behandelt werden konnten, weil sie den Rahmen der Untersuchung gesprengt hätten. Deren Arbeit wird im wesentlichen von den hier vorgestellten mit abgedeckt, so daß wir uns auf die bloße Erwähnung beschränken können. So seien als Menschenrechtsorganisationen im engeren Sinne noch genannt: Quaker Service — Information and Legal Aid Center, Association for the Support and Defence of Bedouin Rights in Israel, Imut - Mental Health Workers for the Advancement of Peace, das Gaza-Team for Human Rights - Protagoras Association, die Association of the 40 und die israelische Sektion von amnesty international.

Alle diese Organisationen leisten hervorragende Arbeit. Was aber fehlt, ist eine zentrale Koordinierungsstelle, die als Institution wichtige Aktionen zusammenführt. Ein solches Gremium könnte auch dazu dienen, daß sich zu festgelegten Terminen die Repräsentanten der zahlreichen Organisationen regelmäßig treffen. Ein solcher Koordinationsrat für Menschenrechte könnte insbesondere auch die Öffentlichkeitsarbeit für das Ausland übernehmen, denn hieran hapert es bei vielen Organisationen noch.

1. The Association for Civil Rights in Israel (ACRI)

Sie ist die älteste Organisation ihrer Art und setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten ein; sie ist unabhängig und gemeinnützig. Seit 1972 vertritt ACRI Juden und Araber gleich welcher religiösen oder weltanschaulichen Einstellung. Anfänglich arbeitete ACRI auf freiwilliger Basis; heute zählt die Organisation mehr als 1000 Mitglieder und beschäftigt neun Rechtsanwälte und acht Erzieher. 21 freiwillige Grup-

pen arbeiten von Jerusalem, Tel Aviv, Haifa und Beersheba aus, um jede Menschenrechtsverletzung in Israel oder den besetzten Gebieten zu registrieren. Da Israel formell keine Verfassung hat, sind die Entscheidungen des Obersten Gerichts in bezug auf die bürgerlichen Freiheitsrechte verfassungsbildend. Durch die Urteile zur Einhaltung dieser Rechte entsteht in Israel eine Rechtskultur, die dem Recht und den liberalen Freiheitsrechten zum Durchbruch verhilft; dazu leistet ACRI einen wichtigen Beitrag. In enger Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium und den Sicherheitskräften versucht ACRI, Bürgerrechtscurricula in deren Ausbildungsprogrammen durchzusetzen. ACRI arbeitet mit anderen Menschenrechtsgruppen in Israel zusammen. Sie gehört der »International League for Human Rights« und der »Federation Internationale des Droits de l'Homme« als Mitglied an. Finanziert wird die Organisation durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von privaten Stiftungen und Einzelpersonen aus dem Ausland und Israel.

Die Arbeit in den besetzten Gebieten konzentriert sich auf zwei Schwerpunkte: Zum einen wird versucht, die fundamentalen Rechte der Palästinenser, die nicht direkt in Gewalttätigkeiten verstrickt sind, aber unter den Maßnahmen des Militärs leiden, zu garantieren, zum anderen will man erreichen, daß die Verhafteten eine menschliche Behandlung und einen fairen Prozeß erhalten. Speziell in Israel spricht sich die Organisation für die Gleichbehandlung von Arabern mit israelischer Staatsbürgerschaft, die Gleichbehandlung von Frauen, die religiöse Gleichbehandlung zwischen orthodoxen und nichtorthodoxen Juden aus. ACRI erstellt und verteilt Material über die Einhaltung der Bürgerrechte in jüdischen und arabischen Schulen und führt Seminare mit Lehrern mit dem Ziel durch, Bewußtsein für die Bedeutung von diesen Rechten zu schaffen. Die Organisation führt Bürgerrechtsseminare für die Polizei und die paramilitärische Grenzpolizei durch. Die Seminare von ACRI wurden zu einem integralen Bestandteil des Trainingsprogramms an allen drei Polizeiakademien gemacht. ACRI verteilt Broschüren über Bürgerrechte an die Allgemeinheit. Wie seriös die Publikationen von ACRI sind, zeigt die Tatsache, daß das Bildungsministerium begonnen hat, Publikationen der Organisation aufzukaufen und sie in Schulen zu verteilen.

Im Zusammenhang mit der Massendeportation von 415 Palästinensern wurde die Organisation von Ministerpräsident Yitzhak Rabin scharf angegriffen. Er machte ACRI in einer Kampagne dafür verantwortlich, daß die Massendeportation nicht ohne Widerspruch vollaufen wurde. Er diffamierte in mehreren direkt übertragenen Radiosendungen die Organisation: »Der

ganze Ärger begann, als die »Association for Hamas Rights in Israel« an das Oberste Gericht appellierte. Dies gab den Libanesen Zeit, die Grenzübergänge zu blockieren.« Er beschuldigte die Organisation, Mördern zu helfen. Keiner der Deportierten wurde eines solchen Vergehens angeklagt. Nach diesen Angriffen wurde ACRI mit anonymen Drohanrufen und -briefen überhäuft. Ministerpräsident Rabin hat ungerechtfertigter Weise eine Organisation angegriffen, die mit rechtstaatlichen Mitteln eine rechtswidrige Aktion der Regierung stoppen wollte, was aber durch das Oberste Gericht abgeblockt worden ist. ACRI gehört zu den seriösesten Menschenrechtsorganisationen in Israel und leistet hervorragende Arbeit.

Trotz ihres Einsatzes für die Bürger- und Menschenrechte muß sich ACRI Kritik aus dem Lager der anderen Menschenrechtsorganisationen gefallen lassen. Der Organisation wird ihre zu enge Kooperation mit Regierungsstellen vorgeworfen. Dies hatte bereits dazu geführt, daß die Organisation keine Eingaben gegen Regierungshandeln bei Gericht eingereicht hatte. Die vage Verbindung zwischen ACRI und offiziellen Regierungsstellen läßt sich besonders deutlich an der Person von Rechtsanwalt Yehoshua Shofman zeigen. Wie »Kol Ha'ir« vom 18. März 1994 meldete, wechselte Shofman in das Büro des Staatsanwaltes beim HCJ. Vor seinem Wechsel zu ACRI arbeitete er als Anwalt für das israelische Militär. Eine solche Art der »Beziehung« zwischen einer Menschenrechtsorganisation und staatlichen Stellen ist nur möglich aufgrund einer Einstellung, die dem Staat die primäre Loyalität schuldet und sich dann erst um die Menschenrechte kümmert.

Wie Kommissionsmitglied Ruth Gabizon im ACRI-Newsletter vom April 1994 berichtet, beabsichtigt die Organisation, ihre Aktivitäten parallel mit dem Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten zu beenden und die Organisation zu reorganisieren, um sich Fragen der Rechtmäßigkeit von Siedlerprotesten und solchen Protestformen rechter Parteien gegen Regierungshandeln zu widmen. Am 11. Mai 1994 schrieb Gabizon in »Ha'aretz«: »Die Struktur (des Militärregimes), das so viele Menschenrechtsverletzungen verursacht hatte, wird sich ändern, und der Grund für diese Verletzungen wird entfallen oder wenigstens zurückgehen«.

## 2. Al-Haq - Palestinian Organization for Human Rights (POHR)

Diese Organisation wurde als Filiale der Genfer »International Commission of Jurists« (ICJ) 1979 von den Rechtsanwälten Raja Shehadeh und Jonathan

Kuttab sowie dem Ökonomen Charles Shammās gegründet. Derzeitiger Geschäftsführer ist Fateh Azzam. Ihr Anliegen ist die Einhaltung der Menschenrechte durch eine Förderung des Rechts. Sie hat ihren Sitz im 18 Kilometer nördlich von Jerusalem gelegenen Ramallah. Al-Haq - was so viel heißt wie Gerechtigkeit - dokumentiert alle Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten. Zu diesem Zweck beschäftigt die Organisation eine Reihe von Außendienstmitarbeitern, die, über die Westbank und den Gaza-Streifen verteilt, jeder Verletzung der Menschenrechte nachgehen und diese der Zentrale melden. Ihre Tätigkeit war während des Golfkrieges stark beeinträchtigt. Al-Haq leistet Rechtsberatung und interveniert im Namen der Betroffenen oder anderer Menschenrechtsorganisationen bei der zuständigen israelischen Militärverwaltung. Als palästinensische Organisation kann sie nicht vor israelischen Gerichten auftreten; zu diesem Zweck wird sie von israelischen Anwälten vertreten.

Das Rückgrat der Arbeit von Al-Haq ist die Sammlung ausführlicher Informationen über die andauernden Menschenrechtsverletzungen. Dies geschieht durch ein Team professionell ausgebildeter Fieldworker in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Die gesammelten Daten werden mit einem Koordinator in der Zentrale besprochen. Die Berichte bestehen aus eidesstattlichen Erklärungen, schriftlichen Berichten und Fragebögen, Bildern und medizinischen Berichten. Diese Informationen werden in einem Computer erfaßt und ausgewertet. Daneben gibt es ein Forschungsprogramm, das es der Organisation ermöglicht, genaue Urteile über die Lage der Palästinenser unter der Besetzung zu geben sowie die Auflagen der Militärverwaltung am Völkerrecht zu überprüfen. Durch die Ausarbeitung eines völkerrechtlichen Rahmens ist es Al-Haq möglich, Menschenrechtsverletzungen eindeutig zu identifizieren.

Wenn es die Organisation für angemessen erachtet, interveniert sie bei Menschenrechtsverletzungen zum Nutzen der Betroffenen. Dies geschieht entweder direkt bei den Militärbehörden oder durch Informationen an die nationale und internationale Presse. Durch die Mobilisierung internationalen Drucks will man nach Meinung der Pressesprecherin Randa Siniora eine Wiederholung ausschließen.

Al-Haq kümmert sich intensiv um die Bildung der Menschen, um sie dadurch auf ihre Rechte hinzuweisen. Das Handbuch »Know Your Rights« dient diesem Zweck. In dieser Broschüre werden angesprochen: die Rechte von Internierten, der Schutz des Landes und des Eigentums, das durch Konfiszierung bedroht ist, und die Rechte der Arbeiter. Einige Untersuchungen über die Gesetzgebung der Militärverwaltung sollen Rechtsanwält-

ten und der Öffentlichkeit Texte an die Hand geben, die Analysen und Interpretationen der Militärverordnungen im Lichte des Völkerrechts enthalten.

Al-Haq bietet für die Palästinenser eine kostenlose Rechtsberatung an. Wenn es eine Menschenrechtsverletzung betrifft und es keiner Gerichtsverhandlung bedarf, interveniert die Organisation direkt bei den zuständigen Behörden. Sollte dies keinen Erfolg haben, wird der Betreffende zu einem Anwalt geschickt. Al-Haq vertritt weder Palästinenser vor Gericht, noch übernimmt sie deren Kosten. Erfolg ist den Rechtsberatungsprogrammen auf den Gebieten Reisebeschränkungen, Konfiszierung von Identitätskarten, Einbehaltung von Genehmigungen und anderen Dokumenten, die die Palästinenser für ihr tägliches Leben brauchen, beschieden.

Mit seinen Maßnahmen will Al-Haq die Bewohner der besetzten Gebiete schützen. Finanziert wird Al-Haq durch zwölf Nicht-Regierungsorganisationen und solchen Einrichtungen, die sich mit Menschenrechten befassen sowie durch private Spenden. Nach Meinung des ehemaligen Pressesprechers der Organisation, Sami Mushasha, steht hinter den koordinierten Maßnahmen der Israelis die Absicht, den Palästinensern das Leben so schwer wie möglich zu machen. »Diese Besetzung verletzt nicht offen die Menschenrechte, sondern verdeckt. Menschenrechtsverletzungen werden auf rechtlicher Grundlage begangen.«

### 3. The Palestine Human Rights Information Center (PHRIC)

Diese Organisation wurde 1986 unter dem Schutz der »Arab Studies Society« in Jerusalem gegründet. Leiterin ist Jan Abu Shakrah. PHRIC ist eine unabhängige palästinensische Nicht-Regierungsorganisation, die sich die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und die Beachtung der Menschenrechte zum Ziel gesetzt hat. Als Menschenrechtsorganisation hat sie sich der Beobachtung der Menschenrechte verschrieben, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Konventionen und Verträgen niedergelegt sind.

Mitarbeiter vor Ort nehmen jede Menschenrechtsverletzung in der Westbank und dem Gaza-Streifen auf und dokumentieren sie; dies geschieht in Form von Interviews und Fragebögen, eidesstattlichen Erklärungen und durch offizielle Dokumente wie Verlautbarungen der Militärverwaltung. Mitarbeiter der Organisation dokumentieren Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser in Israel und gegen israelische Friedensaktivisten. Eine

Datenbank ermöglicht es PHRIC, schnell auf jede Menschenrechtsverletzung zu reagieren. Ein ausgebildetes Team von qualifizierten Sozialwissenschaftlern erstellt monatlich und jährlich Berichte; sie werden ergänzt durch Informationsblätter und Pressemitteilungen.

Auf internationaler Ebene existiert in Chicago eine Zweigstelle von PHRIC, die weltweit die Menschenrechtsverletzungen in Israel bekannt macht und Informationsmaterial verschickt. Innerhalb der palästinensischen Gesellschaft will PHRIC das Bewußtsein und das Verständnis für die Prinzipien der Menschenrechte unter den Bedingungen der Besetzung fördern; dies geschieht in Form von Seminaren und Veröffentlichungen.

#### 4. HaMoked: Center for the Defence of the Individual

Mit Beginn der Intifada verschlechterte sich die Situation der Menschenrechte in den besetzten Gebieten dramatisch. Das Militär beging immer öfter Verstöße gegen die Menschenrechte, um den Aufstand niederzuschlagen. Im Juli 1988 wurde »Hotline for Victims of Violence« als Zweig der »Tolerance-Bewegung« (Sovlanut) gegründet. 1989 wurde Hotline unabhängig und nahm Anfang 1993 seinen jetzigen Namen an. Ein eigener Aufsichtsrat wurde berufen, und durch ein eigenes Budget konnten Mitarbeiter eingestellt werden. Vorsitzende wurde Lotte Saltzberger, ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin von Jerusalem. Sie erhielt 1991 den Emil-Grün-zweig-Preis von ACRI für ihren Einsatz für die Menschenrechte verliehen. Leiterin des Büros in Ost-Jerusalem ist Dalia Kerstein.

In den letzten fünf Jahren hat HaMoked über 4000 Fälle bearbeitet. 40 freiwillige Helfer - Juden und Araber - und vier Angestellte helfen den Opfern beim Erstellen ihrer Eingaben oder bei rechtlichen Schritten. Schwerpunkte der Eingaben sind: Verletzungen oder sogar Tötung durch Armee, Polizei, Grenztruppen, Siedler oder andere Israelis; Schäden, die durch Soldaten, Polizei oder Zivilisten verursacht wurden; Verstöße gegen Bürgerrechte von Individuen wie illegale Verhaftungen, willkürliche Verweigerung von Ein- oder Ausreisepapieren nach Israel; Beschlagnahme der Identitätskarte - was aber stark nachgelassen hat, weil das Oberste Gericht Israels dies für illegal erklärt hat -; Nichtinformation von Angehörigen über den Aufenthaltsort von Verhafteten; Ausweisung von Familienangehörigen und Kindern von Palästinensern, die keine gültige Aufenthaltsgenehmigung besitzen.

HaMoked setzt sich für solche Individuen ein, deren Rechte mißbraucht wurden, um damit einen Beitrag für Frieden und Versöhnung zu leisten.

Durch ihre Arbeit will die Organisation den Mißbrauch der Rechte der Palästinenser minimieren bzw. ganz verhindern. Wo die Rechte von jüdischen Opfern der Gewalt durch den Staat und das Recht geschützt sind, haben nach HaMoked die palästinensischen Opfer oft große Schwierigkeiten beim Ausfüllen ihrer Beschwerden, und sie genießen nicht den Schutz des Staates. Deshalb hilft HaMoked den Palästinensern, die Hürden der Bürokratie zu meistern.

Was die Gewalttaten von Siedlern und anderen Israelis gegen Palästinenser in Ost-Jerusalem und den besetzten Gebieten angeht, ist die Situation nach HaMoked sehr unbefriedigend. Bei mehr als 70 angezeigten Fällen hat sich die Polizei geweigert, diese überhaupt zu registrieren, oder sie ist der Anzeige nicht nachgegangen. Oft werden Anzeigen verlegt, oder der Täter gilt als »unbekannt«. Wo immer möglich, arbeitet die Organisation mit den offiziellen Behörden zusammen. Ziel von Hotline bleibt es nach Lotte Saltzberger, »das öffentliche Bewußtsein für die ungesetzlichen Aktivitäten und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern in den Gebieten wachzurütteln«.

HaMoked arbeitet mit hohen Regierungsvertretern im Bereich des Militärs und der Polizei zusammen, was zur Effektivität der Arbeit beigetragen hat. So hat die Organisation als einziger Zugang zu dem Büro, das alle Namen von Internierten gespeichert hat. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit ACRI und BTselem, aber auch mit anderen israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen.

Finanziert wird die Organisation durch Zuschüsse des New Israel Fund, verschiedener anderer internationaler Organisationen, unter ihnen auch »Brot für die Welt«, und durch Privatspenden aus Israel und dem Ausland. Als eine gemeinnützige Organisation ist sie immer an der Erschließung neuer Finanzierungsquellen interessiert. Am 1. März 1992 eröffnete HaMoked zusammen mit dem israelischen Zweig der Organisation »Defense of Children International« (DCI) in Bethlehem ein Büro, das Rechtsanwalt Badera Khoury leitet; er nimmt auch Beschwerden in Ramallah entgegen.

## 5. Rabbis for Human Rights (RHR)

Auch diese Organisation wurde wegen zunehmender Menschenrechtsverletzungen durch das israelische Militär 1988 gegründet. Das Anliegen der Rabbiner ist es, das humane Gesicht des Judentums und seine Ziele der sozialen Gerechtigkeit in Israel stärker zum Tragen zu bringen, denn die

Mißstände in den besetzten Gebieten seien nicht mit der alten jüdischen Tradition der Menschlichkeit und der moralischen Verantwortung »für den Fremden in unserer Mitte« vereinbar. Augenblicklich gehören den RHR 120 Rabbiner - von Orthodoxen bis zu Reformrabbimern - an. Es ist somit die einzige Organisation in Israel, die die rührenden Persönlichkeiten der verschiedenen jüdischen Glaubensrichtungen zusammenbringt, sowie die einzige jüdisch-religiöse Einrichtung, die sich um Menschenrechte sorgt. Moralische und humanitäre Fragen stehen im Mittelpunkt der Arbeit. RHR ist politisch unabhängig. Es ist beabsichtigt, durch die Bekanntmachung von Menschenrechtsverletzungen, Druck auf die Politiker auszuüben.

Die Öffentlichkeit soll unterrichtet werden, was in ihrem Namen und im Namen der jüdischen Prinzipien geschieht. Selbst die höchsten religiösen Repräsentanten schweigen dazu. Ihre Haltung wird vom ehemaligen Vorsitzenden der RHR, David Foreman, kritisiert: Sie sind unfähig, eine moralische Antwort auf die zentralen Anliegen zu geben, die den jüdisch demokratischen Staat bedrängen.« Langfristig beabsichtigt RHR, das Erscheinungsbild des Judentums zu verändern, das von religiösen und nicht-religiösen Juden als eine nach innen gewandte nur an Regeln und Ritualen orientierte pietistische Gemeinschaft wahrgenommen wird. Die Organisation will die Frage der Menschenrechte als eine jüdisch-religiöse Frage etablieren, und zwar in Israel sowie in der Diaspora. Denn immer öfter erscheint das Judentum als eine Religion der »Gewalt und Intoleranz«. Für ihre Repräsentanten gibt es keinen Widerspruch, weder zwischen Judentum und ethischem Verhalten noch zwischen Judentum und sozialer Gerechtigkeit, beides seien zwei Seiten einer Medaille. Konkret versucht man, seine Ideen in Form von Vorträgen und Schriften in das Schulsystem, die Armee und andere Bildungseinrichtungen zu tragen und hält Seminare über Menschenrechte in der jüdischen Tradition ab.

Die RHR sind bekannt für ihre spontanen Aktionen wie Demonstrationen vor dem Haus des Ministerpräsidenten, des Ministeriums für Religionsangelegenheiten und dem Gelände des Oberrabbiners von Jerusalem. So hatten die RHR der Familie des arabischen Kaufmanns im Shuk, der durch einen Steinwurf des extremistischen Rabbiners Moshe Levinger von der Gush Emunim-Bewegung (Block der Getreuen) getötet worden ist, einen Besuch abgestattet. Sie setzten damit ein Zeichen, daß nicht »die Juden« hinter der Tat stünden. Levinger erhielt fünf Monate Haft für eine »angebliche« Tötung eines Arabers. Eine an Zynismus nicht mehr zu überbietende Begründung, die vom Ankläger Levingers gegeben wurde. Durch



den Einsatz der RHR wurde das Haus von Ali Masri im Flüchtlingslager Balata, das durch die Armee zerstört worden ist, mit Hilfe des Staates wieder aufgebaut, obgleich die Militärbehörden und die israelische Regierung dies abgelehnt und versucht hatten, jede Verantwortung von sich zu weisen.

#### 6. BTselem - The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories

Der Name BTselem leitet sich von Genesis 1,27 her, wo es heißt: »Gott schuf den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.« Dieser Geist beseelt auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, in der es heißt, daß alle Menschen gleich an Würde und Rechten sind. Die Organisation wurde von einer Gruppe von 63 Rechtsanwälten, Mediziner, Akademikern, Journalisten, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Knesset-Abgeordneten im Februar 1989 gegründet. Der Anlaß war, die Sicherheit und den humanitären Charakter des Staates Israel zu bewahren. Diese Verpflichtung ist die »Staatsräson« der Organisation und bildet die Grundlage jeder Aktion, wie es der Direktor Yizhar Be'er beschreibt. Die Organisation sammelt alle verlässlichen Daten von Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten, analysiert die Politik und ist bei Eingaben behilflich. Die Daten von BTselem fußen auf unabhängiger Feldforschung, Untersuchungen, offiziellen israelischen Quellen und Daten von palästinensischen und anderen israelischen Menschenrechtsorganisationen. Alle Publikationen von BTselem werden vor der Veröffentlichung freiwillig den zivilen und militärischen Behörden vorgelegt und ihre Reaktionen im Bericht mit aufgenommen. Oft lehnen die Regierungsvertreter eine Stellungnahme ab oder greifen die Publikationen in der Öffentlichkeit an.

BTselem veröffentlicht verschiedene Broschüren, die die Menschenrechtsfrage als zentrales Anliegen primär für die israelische Öffentlichkeit darstellen. Dadurch soll die israelische Öffentlichkeit sensibilisiert werden, um Druck auf die Regierung auszuüben. Zu den wichtigsten Veröffentlichungen von BTselem zählen: zweimonatliche Informationsbroschüren, umfangreiche Untersuchungen zu Folter, dem Steuersystem, der Kollektivstrafe, den »undercover units«, die Jahresberichte sowie seit Sommer 1993 den »BTselem Human Rights Report«. An den umfangreichen Untersuchungen sind oft Rechtsanwälte, Ärzte, Ökonomen u.a. Experten beteiligt.

Alle Berichte zeugen von einem hohen Grad an Professionalität und Seriosität. Eine enge Kooperation mit anderen Menschenrechtsorganisationen ist selbstverständlich.

Vertreter der Organisation unternehmen Informationstouren in die besetzten Gebiete und werden dabei manchmal von Knesset-Abgeordneten, Rechtsanwälten, Ärzten und Journalisten begleitet. BTselem versucht, die israelische Öffentlichkeit über die internationalen Menschenrechtsstandards und Normen zu informieren und die öffentliche Debatte in Israel über die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten zu führen. Eine Kooperation mit über 20 Knesset-Abgeordneten von der Arbeitspartei, Shinui, Ratz und Mapam hat zum Ziel, diese Fragen auch im Parlament zu diskutieren.

Die Organisation finanziert sich aus öffentlichen und privaten Spenden. Sie beschäftigt zehn Voll- bzw. Teilzeitkräfte sowie eine ganze Anzahl Freiwilliger. 1989 erhielt BTselem zusammen mit Al-Haq den Carter-Menil-Menschenrechtspreis.

#### 7. The Association of Israeli-Palestinian Physicians for Human Rights (PHR)

Anlaß der Gründung waren auch hier die »weitverbreiteten Menschenrechtsverletzungen, die Tötungen und die Verletzungen von unbewaffneten Zivilisten, der massive Einsatz von Gewalt durch das israelische Militär in ihrem Versuch, die Intifada zu unterdrücken, sowie die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen von Patienten und medizinischem Personal«, schrieb die Vorsitzende von PHR, Ruchama Marton, in einem Brief vom 17. März 1992 an den Verfasser. Von israelischen und palästinensischen Ärzten wurde PHR im Februar 1988 gegründet. Die Arbeit erfolgt ausschließlich auf freiwilliger Basis. Ziel der Organisation ist es, aktuelles Leiden zu lindern, Solidaritätsaktionen in den besetzten Gebieten für Kollegen abzuhalten, Freiwilligenarbeit zu organisieren, medizinische Geräte und Material zur Verfügung zu stellen und Brücken der Verständigung zwischen israelischen und palästinensischen Ärzten zu bauen.

PHR erhält täglich Anfragen mit der Bitte, sich für die Freilassung von verletzten oder behinderten Patienten einzusetzen. Die Organisation will erreichen, daß diese Patienten die richtige Medizin verordnet bekommen. Gegen die 40tägige Ausgangssperre während des zweiten Golfkrieges legte die Organisation 1991 Beschwerde beim Obersten Gericht Israels ein; sie forderte, daß dem medizinischen Personal und den Patienten gestattet sein

muß, während dieser Zeit einen Arzt aufzusuchen oder Patienten zu besuchen. Dieser Eingabe wurde mit Richtlinien für die Umsetzung stattgegeben. Vor Ort wurde aber immer wieder dagegen verstoßen.

PHR versorgt Flüchtlingslager und Dörfer, in denen es keine ärztliche Versorgung gibt. An einem Tag der Woche begibt man sich mit einem Team von Ärzten in einen Ort und behandelt so viele Patienten wie möglich. In den meisten Dörfern gibt es keinen Arzt. PHR verteilt - soweit als möglich - medizinische Geräte für Krankenhäuser in den besetzten Gebieten. So wurden während der 40tägigen Ausgangssperre Babynahrung, Reis, Mehl und andere Lebensmittel in die Gebiete transportiert. Bedürftige Patienten werden kostenlos versorgt. Die Organisation kritisiert insbesondere die Verhörmethoden des Shin Bet und das teilweise rücksichtslose Verhalten des Militärs gegenüber Patienten. PHR finanziert sich durch Spenden. So wurde durch eine großzügige Privatspende 1992 ein Kinderhilfsfonds eingerichtet, der finanzielle Hilfe für palästinensische Kinder schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellt.

Auch nach dem Massaker von Hebron versuchte sich PHR im Überbrücken von Kommunikationsbarrieren. So stellte die Organisation medizinische Geräte und Medikamente zur Verfügung und setzte sich für besseren Zugang des medizinischen Personals zu den Krankenhäusern ein. Durch intensive Intervention von Direktor Neve Gordon und der Vorsitzenden Ruchama Marton bei Gesundheitsminister Shuki Schemer, Umweltminister Jossi Sarid sowie dem Koordinator für die besetzten Gebiete, General Dan-ny Rothschild, gelang es der Organisation, schnelle Hilfe zu leisten. In diesem Fall war die Kooperation mit den zuständigen Regierungsstellen problemlos und unbürokratisch.

Der Arbeit von PHR liegen folgende Prinzipien und Ziele zugrunde: Das Ziel ihrer Arbeit ist der Schutz des menschlichen Lebens und die Verbesserung der Gesundheit. Der Einsatz für Leben und Gesundheit im weitesten Sinne schließt auch die Verteidigung der Menschenrechte mit ein. Dieses Engagement darf nicht durch Rasse, Abstammung oder Nationalität eingeschränkt werden. Das Problem, das sich für die Organisation aus dieser Haltung ergibt, besteht darin, daß die Befolgung dieser Prinzipien auch für die eigene Organisation Nachteile bringt. Mit ihrer Arbeit will PHR Kontakte zwischen israelischen und palästinensischen Ärzten herstellen. Dabei geht sie von der Anerkennung des Rechtes eines jeden auf seine personale und nationale Identität aus. Der Konflikt zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk wirft viele Fragen und Probleme auf, die nur schwer zu beantworten und zu lösen sind. Deshalb will die Organisa-

tion weiterhin Vertrauen und Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen beiden Völkern fördern.

Konkret drückt sich dies darin aus, daß man über die Probleme der medizinischen Versorgung in beiden Gesellschaften redet. Palästinensisches medizinisches Personal soll durch PHR vor Belästigungen durch das Militär in Form von Verhaftungen, willkürlicher Administrativhaft, Entlassung und physischen Schäden geschützt werden. Ebenso versucht die Organisation - soweit es in ihren Kräften steht — Verletzungen von Palästinensern nachzugehen und deren Wiederholung zu verhindern. Wenn nötig, sollen medizinische Tätigkeiten auf freiwilliger Basis in den besetzten Gebieten verrichtet werden. Durch Konferenzen, wie z.B. der »Folterkonferenz« am 13./14. Juni 1993 in Tel Aviv, will die Organisation an die Weltöffentlichkeit appellieren, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um Mißstände auf medizinischem Gebiet und in den Verhöreinheiten des Geheimdienstes abzustellen.

#### 8. The Public Committee against Torture in Israel (PCATI)

Als Antwort auf weitverbreitete Berichte über Folter sowie die physische und psychische Mißhandlung von Palästinensern durch die Sicherheitskräfte, Soldaten und Polizei wurde das Komitee von Rechtsanwälten, Psychiatern, Kriminologen, Sozialarbeitern und Menschenrechtsaktivisten Ende 1989 gegründet. Das Hauptziel der Organisation ist es, den Anschuldigungen von Folter nachzugehen, die Fakten zu veröffentlichen und durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung Abhilfe zu schaffen. Man geht davon aus, daß jede Art von Folter die Prinzipien der israelischen Demokratie gefährdet, den Rechtsstaat unterminiert und in Widerspruch zu den Menschenrechtsdeklarationen steht.

Seit der Besetzung palästinensischen Landes im Jahre 1967 kam es immer wieder zu gelegentlichen Anschuldigungen gegenüber dem Shin Bet wegen Folter an Gefangenen. Entscheidend war aber die Anschuldigung des israelischen Armeeeoffiziers Izzat Nafsu 1986, als er dem Geheimdienst vorwarf, sein Geständnis durch Folter erpreßt zu haben. Diesen Vorwurf ließ die Regierung durch ihren früheren Präsidenten des Obersten Gerichts, Moshe Landau, untersuchen. Sein Bericht über die Verhörpraktiken des Geheimdienstes war so niederschmetternd wie simpel: Seit 1971 hatte der Geheimdienst Geständnisse durch Folter erpreßt und den Gerichten erklärt, sie seien freiwillig erfolgt. Der Bericht sprach sich gegen eine Bestrafung der Ge-

heimdienstler aus, weil sie nur ihre »nationale Pflicht« erfüllt hätten. Der Bericht ersparte dem Geheimdienst in Zukunft das Lügen, indem er »non-violent psychological pressure« und, wenn dieser nicht helfe, die Ausübung von »moderate physical pressure« gestattet PCATI versucht seit einiger Zeit, die Veröffentlichung beim Obersten Gericht durchzusetzen.

Für PCATI gibt es in einer Demokratie keinen Grund, der die Folter rechtfertigen würde. Die Anwendung der Folter ist sowohl ein Verstoß gegen die internationalen Menschenrechtsdeklarationen als auch gegen israelisches Recht. PCATI behandelt nicht nur die Fälle von Folter an Palästinensern, die wegen sogenannter »Verstöße gegen die Sicherheit« geschehen, sondern kümmert sich um solche Verstöße, die gegen israelische Araber und Juden begangen werden. Deshalb werden alle relevanten Stellen wie Shin Bet, die Armee, die reguläre und die Grenzpolizei beobachtet.

Das Komitee hat erreicht, daß das Thema Folter nicht mehr tabuisiert wird. Immer häufiger erscheinen Beiträge in Zeitungen, was zur Sensibilisierung des öffentlichen Bewußtseins beiträgt. So soll das medizinische Personal, das Menschenrechtsverletzungen sieht, aber sie nicht berichtet, bestärkt werden. Es soll sichergestellt werden, daß sich Israel an die UN-Konvention gegen Folter hält, die es am 3. Oktober 1991 ratifiziert hat. Die Verabschiedung eines Anti-Foltergesetzes soll garantieren, daß eindeutige Beweise vorliegen müssen, bevor ein Urteil aufgrund eines Geständnisses gefällt werden kann.

PCATI verteilt Unterrichtsmaterial in Schulen, Jugendgruppen und anderen Organisationen. Öffentliche Diskussionen oder das Symposium über den Landau-Bericht 1990 sollen die Öffentlichkeit informieren. Dadurch will man auch die Mitglieder der Knesset gewinnen, die relevanten Gesetze zu ändern. PCATI führt auch selbst Prozesse, in denen es die Rechtmäßigkeit der Empfehlungen des Landau-Berichts vor dem Obersten Gericht in Frage stellt.

Die Mitglieder und Mitarbeiter arbeiten ehrenamtlich und auf freiwilliger Basis. Die Organisation finanziert sich aus Spenden von nationalen und internationalen Organisationen sowie Individuen.

## 9. Kav La'Oved - Workers' Hotline for the Protection of Workers Rights

Kav La'Oved ist eine gemeinnützige israelische Organisation, die 1990 von Israelis und Palästinensern aus den besetzten Gebieten in Tel Aviv gegründet worden ist. Die Organisation setzt sich für die Rechte der Arbeiter, ins-

besondere für solche aus den besetzten Gebieten, ein, da sie zu den am stärksten unterdrückten der Arbeiterschaft gehören. Kav La'Oved wendet sich gegen die indifferente Haltung der Regierung und der Gewerkschaften gegenüber den palästinensischen Arbeitern. Freiwillige und Teilzeitkräfte führen die Politik aus, die vom fünfköpfigen Vorstand beschlossen wird.

Die israelischen Arbeitsgesetze und -Vorschriften diskriminieren die palästinensischen Arbeiter und garantieren ihnen nur einen minimalen Schutz, der auch noch von rücksichtslosen Unternehmern - oft mit Wissen der Regierung und der Gewerkschaft - unterlaufen wird. Die Organisation wendet sich dagegen, daß palästinensische Arbeiter durch Immigranten aus der Sowjetunion auf der Grundlage »jüdische Arbeiter« ersetzt werden. Seit dem zweiten Golfkrieg 1991 und der Abriegelung der besetzten Gebiete Ende März 1993 hat sich die Lage der palästinensischen Arbeiter nochmals verschlechtert.

Kav La'Oved gibt allen Arbeitern, deren Rechte beeinträchtigt worden sind, einen Rechtsbeistand. Sie hilft bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und bei der Einreichung von Klagen vor den Arbeitsgerichten. Seit der Gründung wurden zirka 700 Fälle behandelt, die einen Streitwert von 60.000 US-Dollar hatten. Die Organisation versucht, Beeinträchtigungen von Rechten der Arbeiter aufzuspüren, die bei der Behandlung eines Einzelfalls nicht sofort ins Auge fallen. Sie gibt Informationen an die nationale wie internationale Presse. Druck wird ausgeübt auf die Gewerkschaft Histadrut, gleiche Leistungen für alle Arbeiter bereitzustellen.

Kav La'Oved veröffentlicht seine Dienstleistungen in palästinensischen Zeitungen. Ehrenamtliche Mitarbeiter reisen regelmäßig in die Gewerkschaftszentralen in Gaza, Tulkarem, Kalkilya und Nablus, um Beschwerden von Arbeitern entgegenzunehmen. Ein Flugblatt über die Rechte der Arbeiter wird in Arabisch, Hebräisch, Amharisch und Russisch verteilt. Eine zweimonatliche Informationsbroschüre über die Aktivitäten der Organisation wird in mehreren Sprachen herausgegeben. Die Organisation finanziert sich durch Spenden des New Israel Fund, von französischen und amerikanischen Stiftungen sowie Privatpersonen.

#### 10. Women's Organization for Political Prisoners (WOFPP)

Die WOFPP wurde im Mai 1988 als Antwort auf die harsche Haltung Israels gegen die Intifada in Tel Aviv gegründet; ihre Jerusalemer Dependence wurde Anfang 1989 ins Leben gerufen und betreut die weiblichen Gefangenen im Russian Compound. Anlaß der Gründung waren die Belä-

sogungen von palästinensischen Frauenorganisationen, die in ihrer sozialen Infrastruktur, politischen Funktion und ihrem rechtmäßigen Widerstand gegen die Besetzung beeinträchtigt wurden.

WOFPP gehören israelische und palästinensische Frauen an, die sich in der Ablehnung der Besetzung einig sind. Die Arbeit der Organisation zielt auf den Schutz der Menschenrechte von Gefangenen vor der israelischen Besatzungspolitik. Ein Teil des Russian Compound ist unter der Kontrolle des Geheimdienstes, der durch psychischen und physischen Druck Geständnisse erpreßt.

Die Aktivitäten von WOFPP zielen auf die Mobilisierung und Information der öffentlichen Meinung ab. Man will Einfluß nehmen auf die Abgeordneten der Knesset, öffentliche Einrichtungen wie andere Menschenrechtsorganisationen sowie lokale und internationale Organisationen sowie den Kontakt zwischen Gefangenen, ihren Anwälten und den Familien herstellen. Zu diesem Zweck wird ein Informationsblatt in verschiedenen Sprachen regelmäßig veröffentlicht. Die Organisation versteht sich als »watch-dog«. Sie ist gemeinnützig und finanziert sich ausschließlich durch Spenden.

Gegen folgende Verstöße versucht WOFPP vorzugehen: illegale Verhaftung und Internierung, Belästigungen und Folter, menschenunwürdige Haftbedingungen, nicht ausreichende medizinische Versorgung, insbesondere für schwangere Frauen, sexuelle Belästigungen während der Verhöre, Zensur über die Gründe der Verhaftung und der Folter, Verweigerung eines Anwaltes, Trennung von Mutter und Kind während der Haftzeit, Geiselnahme von Gefangenen, um Druck auf die Familien und Freunde auszuüben, sowie sexuelle Gewalttätigkeiten durch Soldaten.

WOFPP versucht bei der Verlegung von Gefangenen, ihren neuen Ort herauszufinden, um die Angehörigen und die Anwälte zu unterrichten. Die Mitglieder der Organisation unterstützen die Gefangenen während ihres Prozesses als Beobachter bei Gericht, halten Kontakt zu ehemaligen Häftlingen und stellen Gegenstände des täglichen Bedarfs den Gefangenen zur Verfügung. Die Organisation schickt Rechtsanwälte in die Gefängnisse, um die Haftbedingungen zu kontrollieren und um Zeugenaussagen aufzunehmen.

Die Leistungen von WOFPP lassen sich nicht konkret messen, aber schon allein die Präsenz der Vertreter der Organisation wird von den Gefangenen als moralische Unterstützung empfunden und hochgeschätzt. Durch das Engagement einzelner wird der vorherrschenden Indifferenz der Bevölkerung gegenüber den Rechten der politischen Gefangenen entgegen-

gewirkt. So leisten zum Beispiel die Rechtsanwältin Josefa Pick und Hava Keller eine aufopferungsvolle und äußerst verdienstvolle Arbeit.

#### 11. The Alternative Information Center (AIC)

Das AIC wurde 1984 als überparteiliches Projekt gegründet. Es wird von fortschrittlichen Israelis und Palästinensern mit dem Ziel geleitet, gegenseitiges Verstehen und Zusammenarbeit zu fördern. Seit seiner Gründung hat das AIC zwei Ziele verfolgt: Erstens die israelische Öffentlichkeit mit alternativen Informationen über die herrschende Repression in den besetzten Gebieten und dem dort herrschenden Widerstand zu versorgen sowie der palästinensischen Öffentlichkeit einen besseren Einblick in die politisch-soziale Realität Israels zu geben. Zweitens einen neutralen Raum zu schaffen, in dem Israelis und Palästinenser sich treffen und Informationen austauschen können, um sich besser kennenzulernen und für eine gemeinsame friedliche Zukunft zu arbeiten.

Das AIC war für eine lange Zeit eine von den ersten israelisch-palästinensischen Institutionen, die sich für Solidarität, Zusammenarbeit und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Juden und Arabern einsetzten. Die Einzigartigkeit dieser Organisation veranlaßte die israelische Regierung 1987, wegen »Unterstützung terroristischer Organisationen« das Büro zu schließen. Auf Beschluß des Jerusalemer Bezirksgerichts konnte das Büro aber wieder geöffnet werden. AIC Direktor Michel Warschawski wurde verhaftet und wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation und der »Leistung drucktechnischer Dienste für illegale Organisationen« nach den Notstandsverordnungen aus der britischen Mandatszeit angeklagt. Nach einem vier Jahre dauernden Prozeß wurde er von diesem Vorwurf freigesprochen. 1990 wurde er jedoch zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er nicht die Namen des palästinensischen Studenten und der Frauenaktivistin preisgeben wollte, die die Dienste in Anspruch genommen hatten.

Das AIC investiert einen großen Teil seiner Aktivitäten in die Unterstützung von fortschrittlichen israelischen Gruppen und Individuen, die sich mit Palästinensern treffen wollen, wie Gymnasiasten, Frauengruppen oder Menschenrechtsaktivisten. Es fördert gemeinsame Projekte, die sich gegen die israelische Besetzung richten und das »andere Israel« zeigen sollen.

Augenblicklich betreibt das AIC drei Projekte: das israelisch-palästinensische Koordinierungskomitee für Familienzusammenführung, das Unterstützungs- und Informationsprojekt über palästinensische politische Gefan-



gene (17. April) und ein Projekt über palästinensische Arbeiter in israelischen Unternehmen, die in Siedlungen produzieren. Bei allen drei Projekten geht es dem AIC darum, auf die schwierige und entwürdigende Lage der Palästinenser aufmerksam zu machen.

Das AIC arbeitet eng mit in- und ausländischen Medien zusammen. Die Organisation finanziert sich durch den Verkauf eigener Veröffentlichungen, durch die Betreuung von Delegationen und Medienvertretern. Der größte Teil des Budgets stammt jedoch von Stiftungen, fortschrittlichen Initiativen und von Organisationen, die von Kirchen unterstützt werden, sowie von Einzelpersonen.

## 12. Mandela Institute for Political Prisoners

Das Mandela Institut wurde im Januar 1990 als eine palästinensische Menschenrechtsorganisation von dem Arzt Mamdouh al-Aker, dem Pastor Naim Ateek und den Rechtsanwälten Butheina Dukmaq und Jonathan Kuttab gegründet. Der Name des Instituts ist Verpflichtung und Programm. Sein ganzer und ausschließlicher Einsatz gilt den politischen Gefangenen, da in Palästina kaum eine Familie nicht davon betroffen ist.

Das Mandela Institut ist eine gemeinnützige und überparteiliche Einrichtung, die einen holistischen Ansatz vertritt, d.h. man kümmert sich um medizinische, physische, psychische, soziale, spirituelle und bildungspolitische Angelegenheiten. Es ist das Ziel des Instituts, in einer umfassenden Art auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. So setzt man sich ein für die Verbesserung der Haftbedingungen der Internierten und Gefangenen, ihren Rechtsbeistand und die Achtung ihrer Menschenrechte, für die Rehabilitation entlassener Internierter sowie für Besuche von Familienangehörigen und Geistlichen.

Augenblicklich betreibt das Institut eine Öffentlichkeitskampagne, um auf die Lage der Gefangenen und Internierten aufmerksam zu machen und dadurch ein besseres Verständnis in der Öffentlichkeit für ihre Belange zu erzeugen. Als langfristiges Ziel sollen Kliniken und Zentren eröffnet werden, die Gesundheitsdienste für Gefangene und deren Familien zur Verfügung stellen sowie bildungs- und wirtschaftliche Möglichkeiten für entlassene Gefangene anbieten.

Das Mandela Institut betreibt Forschungen über die Haftbedingungen, stellt medizinische Hilfe in besonderen Fällen zur Verfügung, bringt Bücher und anderes Bildungsmaterial in Gefängnisse, appelliert an das Oberste Ge-

riert in Israel, wenn die Rechte der Gefangenen zu sehr beeinträchtigt werden - wie im Falle der Verteilung von Gasmasken -, stellt Lebensmittel für mittellose Gefangene zur Verfügung und versteht sich als Anwalt der Menschenrechte der Gefangenen. Zur Information der Öffentlichkeit gibt die Organisation den Rundbrief »SAMÉD« heraus.

### 13. Society of St. Yves

Die Gesellschaft vom Heiligen Ivo wurde am 1. Januar 1991 als einzige katholische Menschenrechtsorganisation in Israel unter der Schirmherrschaft des palästinensischen Patriarchen von Jerusalem, Michel Sabbah, gegründet. Direktorin ist die 1988 zum Katholizismus konvertierte südafrikanische Jüdin Lynda Brayer. Die Idee zur Gründung wurde am 11. Mai 1990 geboren, als Frau Brayer völlig frustriert aus der Messe kam und sich an einen Jesuitenpater mit der Frage wandte: »Pater, was kann die katholische Kirche für die Armen und Unterdrückten in Palästina tun? Warum haben wir keine Art Rechtsbeistand für die Palästinenser unter der Besetzung?«

Bekannt wurde die Gesellschaft nach der »Gasmasken-Entscheidung« des Obersten Gerichts. Während des zweiten Golfkrieges wurden an alle Israelis und die Siedler in den besetzten Gebieten Gasmasken verteilt, nur die Palästinenser, die dem gleichen Risiko ausgesetzt waren, erhielten keine. Als ACRI sich weigerte, eine Eingabe an das Oberste Gericht einzureichen, schlug die Stunde Lynda Brayers. Sie argumentierte vor dem Obersten Gericht, daß die Palästinenser auch Menschen seien und Israel als Besatzungsmacht diese zu schützen habe. Dieser Argumentation schloß sich das Oberste Gericht an und entschied für die Verteilung. Die Entscheidung wurde aber niemals umgesetzt, da die Regierung nur 172.000 Gasmasken für über eine Million Palästinenser hatte; viele von diesen funktionierten obendrein nicht.

Die ursprüngliche Absicht der Gesellschaft war die Reform des israelischen Rechtssystems, um es für die Bedürfnisse der Palästinenser unter der Besetzung sensibler zu machen. Es wurde von der Gesellschaft vom heiligen Ivo antizipiert, daß durch eine andere Argumentation vor dem Obersten Gericht oder den Militärgerichten offensichtlich Ungerechtigkeiten korrigiert werden könnten. Diese ursprüngliche Naivität der Gesellschaft wurde aber schnell durch die Realität korrigiert.

Für die Society of St. Yves und ihre Vorsitzende Lynda Brayer geht es darum, das Absurde in der israelischen Gesellschaft aufzudecken. Wie bei »Alice im Wunderland« beginnt auch in der Gesellschaft Israels das Absur-

de das Rechtssystem zu infiltrieren. Dieses Vordringen des Absurden bereitet der Ungerechtigkeit den Weg. Dieses aufzudecken, hat sich die Society of St. Yves zum Ziel gesetzt. Während die Gesellschaft die Ungerechtigkeit der israelischen Besatzungspolitik und die Absurditäten des Rechtssystems bekämpft, fragt sie aber auch immer nach der Bedeutung all dessen. Es reicht nicht aus, nur das zu berichten, was unter der Besetzung geschieht, sondern man muß fragen: Was bedeutet es?

Die Bedeutung all dessen wird auf verschiedenen Ebenen gesucht. Auf der ersten Ebene wird die rechtliche Thematik diskutiert und gefragt, was die Krise des Rechtssystems in bezug auf das Gesetz bedeutet. Während andere innerhalb dieser chaotischen rechtlichen Struktur arbeiten, stellt die Society of St. Yves die Legitimation dieses Systems generell in Frage. Welches ist die genaue rechtliche Situation unter israelischer Besetzung? Welches ist der rechtliche Rahmen, der angewandt werden soll?

Auf der zweiten Ebene fragt die Society of St. Yves nach den weiteren rechtswissenschaftlichen Implikationen der Fälle. Welche Rechtslehre erlaubt z.B. die Zuteilung von Wasser auf der Grundlage von Religion und Rasse? Was sind die Implikationen, wenn der israelische Generalstaatsanwalt für sich die Rechtsregeln festlegt und damit auch die rechtlichen Spielregeln?

Die dritte Ebene übersteigt die rechtlichen Fragestellungen. Die Society of St. Yves fragt hier nach dem letzten Sinn. Ursprünglich beruhten Gesetze auf der Moral, auf einem universalen Wissen von richtig und falsch. Seit der Aufklärung wurde diese »objektive« Moral in Frage gestellt, was zu einer Erodierung des Rechts führte. Die positivistischen Theorien schienen bis zu den Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges zu funktionieren. Da der Positivismus nur scheinbar objektiv ist, kann er leicht für staatliche oder andere Interessen mißbraucht werden. Deshalb muß es wieder eine objektive Moral, Universalität und einen Sinn in den Gesetzen geben, damit die Tragödie der Vergangenheit sich nicht wiederholen und die der Gegenwart gemildert werden kann, so Lynda Brayer. Indem man zu den originären Ursprüngen der Gesetze vorstößt, erhofft sich die Society of St. Yves, daß sie einen festen Boden findet, um auf ihm eine gerechte Zukunft zu bauen.

#### 14. Gaza Center for Rights and Law (GCRL)

Diese palästinensische Menschenrechtsorganisation wurde 1985 von den Rechtsanwälten Faraj al-Sarraf, Zohair al-Reis, Tawliq Abu Ghazalah und

Ibrahim al-Saka im Gaza-Streifen gegründet. Sie ist eine Mitgliedsorganisation der »International Commission of Jurists« in Genf. Der augenblickliche Direktor ist der Rechtsanwalt Raji Sourani. Gegründet wurde der GCRL, um dadurch die Achtung der Menschenrechte, die Prinzipien der Gerechtigkeit und die Herrschaft des Rechts zu garantieren, die in den internationalen Konventionen niedergelegt sind. Durch die folgenden Aktivitäten versucht das Zentrum, dies zu erreichen: Forschung und Dokumentation zu Menschenrechten, Studien im Bereich des Rechts sowie Rechtsberatung.

Die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen nimmt einen breiten Raum in der Arbeit des Instituts ein. Es ist für Forschungszwecke zugänglich, die sich dem Schutz der Menschenrechte annehmen. In Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Stiftungen sollen Informationen und Studien über die Entwicklung von Recht und Gesetz im Gaza-Streifen veröffentlicht werden, die das existierende Recht in Gaza mit in Betracht ziehen. Zu diesem Zweck werden auch Übersetzungen von Literatur zum Völkerrecht vorgenommen, die wichtig für die Situation der Palästinenser ist. Das Zentrum gibt Rechtsberatung für bedürftige Palästinenser im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Da es im Gaza-Streifen keine Bibliothek auf dem Gebiet des Völkerrechts und der Menschenrechte gibt, hat sich das GCRL entschlossen, eine solche aufzubauen; sie soll all jenen offenstehen, die auf dem Gebiet der Menschenrechte arbeiten. Die Organisation gibt einen monatlichen Bericht zur Lage der Menschenrechte heraus, der die Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee dokumentiert.

#### 15. Palestinian Lawyers for Human Rights (PLHR)

Diese regierungsunabhängige Organisation wurde 1991 von einer Gruppe palästinensischer Rechtsanwälte in Khan Yunis, einer Stadt im Gaza-Streifen gegründet. Zu ihnen gehörten: Ahmed Taha al-Ghandour, Samir Yousif Daher, Bahij Ahmed al-Laham, Bashir Salim Abo Hatab und Rahman Abu Nasr. PLHR beobachten, verfolgen und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Streifen. Als Grundlage ihrer Arbeit dienen ihnen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom Dezember 1948 und alle Konventionen, die für die Menschenrechte wichtig sind. Zur Zeit finanziert sich die Organisation vorwiegend aus eigenen Mitteln.

Die Arbeit konzentriert sich auf die Entgegennahme von einzelnen Hinweisen von Menschenrechtsverletzungen. Diesen Eingaben wird durch die

verfügbaren rechtlichen Schritte und Möglichkeiten nachgegangen, um Entschädigung zu erreichen. Diese Fälle werden dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Unter der Bevölkerung des Gaza-Streifens soll ein Bewußtsein für den Respekt der Rechte und der Menschenrechte geschaffen werden, in dem sowohl Gruppen als auch einzelne über ihre Rechte informiert werden. Die PLHR geben einzelnen Palästinensern Rechtsbeistand, wenn z.B. die Israelis Reisedokumente verweigern, oder sie intervenieren bei der Militärverwaltung. Die Organisation sucht auch solche Palästinenser auf, deren Menschenrechte verletzt worden sind; diese Fälle werden jeweils dokumentiert. Der Aufbau einer Menschenrechtsbibliothek wurde in Angriff genommen. Die PLHR arbeiten mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammen und organisieren Konferenzen, die die Menschenrechtsverletzungen im Gaza-Streifen bekannt machen sollen. Die PLHR haben u.a. Berichte über die Verhöreinheiten des Geheimdienstes in Khan Yunis, »An-sar 4«, über den Mißbrauch der Rechte palästinensischer Arbeiter in Israel sowie über die Haftbedingungen in israelischen Gefängnissen veröffentlicht.

#### 16. The Arab Association for Human Rights (HRA)

Die Arabische Vereinigung für Menschenrechte wurde 1988 von folgenden Personen gegründet: Mansur Kardosh, Hussein Abu Hussein, Riad Anis, Salim Wakim, Walid Fahoum, Adnan Matar, Nimr Rayaheen, Abed Zo'bi und Kahled Zo'bi. Vorsitzender ist augenblicklich Mansur Kardosh. Die HRA macht in seinen Publikationen die diskriminierenden Praktiken und Menschenrechtsverletzungen von Israel gegenüber seinen palästinensischen Staatsbürgern bekannt. Sie ist die einzige arabische Menschenrechtsorganisation innerhalb Israels mit Sitz in Nazareth. Die Organisation kümmert sich um die bürgerlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte der palästinensischen nationalen Minderheit in Israel. Problemfelder sind die Beschlagnahme von Land, Bildung, Haftbedingungen, Arbeitslosigkeit, Folter und die ungleiche Verteilung der Güter in Israel.

Rund 800.000 Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft leben in Israel; sie stellen 18 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Die Palästinenser in Israel empfinden ihre israelische Staatsbürgerschaft in einem System als »wertlos«, das ausschließlich auf die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung ausgerichtet ist. Obwohl sich Israel bei seiner Gründung als ein Staat verstanden hat, der seine Minoritäten schützen wollte, haben sich diese Versprechen nicht erfüllt.

So wurde der überwiegende Teil des arabischen Landes, das für Landwirtschaft genutzt worden ist, konfisziert. Der arabische Sektor leidet an Kapitalmangel und erhält nicht den entsprechenden Staatsanteil. Die Palästinenser erfahren täglich Diskriminierungen; so ist es für sie schwierig, Baugenehmigungen zu erhalten, neue Geschäfte zu gründen, Arbeit zu finden oder ihren Kindern eine gute Erziehung angedeihen zu lassen.

Die Aktivitäten von HRA erstrecken sich auf folgende Bereiche: die Registrierung von ökonomischen, kulturellen und politischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber israelischen Palästinensern; die Rechtsberatung für Palästinenser in Israel; die Rechtsberatung für Rechtsanwälte in den besetzten Gebieten; das Führen von Prozessen vor israelischen Gerichten; die Unterweisung von Palästinensern über ihre Rechte; die Veranstaltung von öffentlichen Aktionen auf nationaler wie internationaler Ebene und das Veröffentlichung von zweckdienlichen Informationen über relevante politische Bereiche.

Augenblicklich plant HRA eine Eingabe an den Ausschuß für »Laws and Constitutions« zu einem Gesetzentwurf über die Menschenrechte, der im Februar 1993 veröffentlicht wurde und noch in der Knesset diskutiert wird. Die Vertreter von HRA sind der Ansicht, daß ein solches Gesetz die weitere Ungleichbehandlung der Palästinenser in Israel festschreiben würde. Ein solches Gesetz birgt die Gefahr in sich, daß es einmal ein integraler Teil einer möglichen Verfassung werden könnte. Dies würde die Diskriminierung der israelischen Palästinenser ad indefinitum fortsetzen.

HRA veranstaltet Vorlesungen und Seminare in Gymnasien, um mit den Schülern über Theorie und Praxis der Menschenrechte der Palästinenser in Israel zu reden. Muhammed Zeidan hat über 40 dieser Veranstaltungen abgehalten, davon drei mit palästinensischen Lehrern. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist die Schaffung von Bewußtsein über Menschenrechte, Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht. Dieses Programm soll weiter fortgesetzt werden. Die HRA arbeitet mit einer Vielzahl von Menschenrechtsorganisationen in Israel und den besetzten Gebieten zusammen; dies sieht die Organisation nach Meinung von Mansur Kardosh als »eine Pflicht« an. Enge Beziehungen bestehen zu den palästinensischen Menschenrechtsorganisationen Al-Haq und PHRIC.

#### 17. Defence for Children International (DCI)

Die israelische Sektion von DCI wurde im November 1987 gegründet. Sie ist Mitglied in der internationalen Dachorganisation, die im Internationalen

Jahr des Kindes 1979 gegründet wurde und sich den Schutz der Rechte der Kinder zum Ziel gesetzt hat. DCI will auf die rechtliche Lage der Kinder aufmerksam machen und ein Gefühl der Solidarität durch weltweite Initiativen erzeugen. Die Rechte der Kinder sollen in der jeweiligen konkreten Situation geschützt werden. In über 40 Ländern gibt es DCI-Sektionen. Sitz des internationalen Sekretariats ist in Genf.

Die israelische Sektion ist beim Innenministerium registriert und ist gemeinnützig; sie verfolgt keine politischen Ziele. Viele der Probleme, die von DCI in Israel angesprochen werden, resultieren aus ungelösten politischen Problemen, wie der Vorsitzende George Samaan mitteilte. Durch die Wahl des israelischen Koordinators von DCI, Philip E. Veerman, in das Internationale Exekutive Komitee wurde die Arbeit der israelischen Sektion gewürdigt.

DCI hat sich sofort nach seiner Gründung für die Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 eingesetzt. Im September 1991 wurde dieses Übereinkommen von Israel ratifiziert. Es bedarf aber noch der Übernahme in innerisraelisches Recht durch ein besonderes Gesetz, wofür sich im DCI Augenblick einsetzt. DCI tritt auch dafür ein, daß die Konvention auch in den besetzten Gebieten zur Anwendung kommt. Alle Projekte von DCI werden von einem Team von Experten betreut. Daneben wird ein großer Teil der anfallenden Arbeit durch freiwillige Helfer erledigt.

Zusammen mit der palästinensischen Sektion von DCI und HaMoked wurde im März 1992 ein gemeinsames Büro für die Rechtsberatung Jugendlicher im Paradise-Hotel in Bethlehem eröffnet. Die israelische und die palästinensische Sektion von DCI sind seit Juni 1992 gleichberechtigt. Der Vorsitzende der palästinensischen Sektion ist Rifat Odeh Kassis, Direktor des YMCA-Rehabilitationszentrums. Durch die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland wurde dieses Projekt erst ermöglicht. Der israelischen Sektion von DCI ist es gelungen, die Genehmigung für die Eröffnung eines Kindergartens im nichtregistrierten Beduinendorf Arab-el-Kamane zu erhalten; die Regierung zahlt einen Teil des Gehaltes für die Kindergärtnerin. Ende 1992 hat DCI in Haifa eine Zweigstelle eröffnet, in der Jugendliche Rechtsauskünfte einholen können.

Weitere Projekte der Rechtsberatung gibt es in Tel Aviv, Jerusalem und der Westbank. Die Lage in den besetzten Gebieten ist besonders problematisch für Jugendliche, da es keine Jugendgerichte gibt; die Jugendlichen werden vor regulären Militärgerichten angeklagt. Es gibt keine Jugend-, sondern nur einen Militärrichter. Die Militärerlasse, die für Erwachsene gelten, werden auch auf Jugendliche angewandt.

Zusammen mit israelischen Menschenrechtsorganisationen versucht DCI eine starke Lobby für Kinder und Jugendliche in Israel und den besetzten Gebieten zu sein. Nach Philip E. Veerman versucht die Organisation, gegen das Vorurteil in Israel anzugehen, daß palästinensische Eltern »ihre Kinder an die Front schicken, um getötet zu werden«. Bei einem Besuch im Gaza-Streifen hatte man eher den Eindruck, daß die Eltern besorgt sind, ihren Kindern könnte auf dem Schulweg etwas zustoßen.

Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von zahlreichen internationalen Hilfsorganisationen. Eine Spende des israelischen Justizministeriums 1991 war bestimmt für die Rechtsberatung der Jugendgerichte in Tel Aviv. Im Oktober 1992 hat DCI eine Petition an den HCI gerichtet, eine Entscheidung über diejenigen Kinder herbeizuführen, denen die Trennung von ihren Familien droht und die aus den besetzten Gebieten abgeschoben werden sollen.

Ein besonderes Problem, dem sich DCI in den nächsten Jahre annehmen wird, sind die geistig zurückgebliebenen Kinder der Beduinen in der Negev-Wüste. So gibt es in der Stadt Rahat im Negev 180 geistig behinderte Kinder, aber so gut wie keine öffentlichen Gelder für Spezialschulen oder Betreuungseinrichtungen. Zirka 60 der Kinder besuchen reguläre Schulen, in denen sie den Fortgang des Unterrichts stark beeinträchtigen. 32 weitere Kinder sind in Tagesstätten für geistig Behinderte untergebracht, die nicht von der Regierung unterstützt werden. Im ganzen Negev gibt es Hunderte solcher Kinder, denen sich DCI in Zukunft stärker widmen wird.